



Tauschitz: Orange Einsicht – spät aber doch

Verfassungsabteilung und Landeshauptmann gefordert gesetzeskonforme Vorschläge zu unterbreiten

KLAGENFURT (11. Oktober 2007), „Das BZÖ ist mit unserer Forderung mitgegangen, die Verfassungsabteilung und den Landeshauptmann mit der Unterbreitung gesetzes- und verfassungskonformer Vorschläge über ein Bauverbot für Moscheen und Minarette zu beauftragen“, erklärt ,LAbg. Stephan Tauschitz.

Der Abgeordnete weist darauf hin, dass die ÖVP der gesetzlichen Regelung, die ein Bauverbot zum Inhalt habe, ihre Zustimmung geben wird. Klargestellt müsse aber sein, dass die Ausübung der Religions- und Glaubensfreiheit weiterhin gewährleistet sei. „Die ÖVP tritt dafür ein, dass unsere Orts- und Stadtbilder weiterhin von der christlichen Kultur und nicht von Moscheen und Minaretten geprägt werden“, sagt Tauschitz.

Tauschitz erinnert in diesem Zusammenhang auch an die chaotische Vorgangsweise des BZÖ, welches in dieser Causa zuerst einen dilettantischen Regierungsakt eingebracht hatte. „Wir wollen in dieser Frage keine orange populistische Wischi-Waschi-Politik, sondern Nägel mit Köpfen“, erklärt Tauschitz abschließend. (Schluss)

Verlässlich. Nahe.

